

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 026 | 10.02.2023

Hilfen gegen hohe Energiepreise sofort und vollständig umsetzen Viel Vertrauen zerstört: *Jetzt* bei Öl, Pellets und Flüssiggas entlasten

Liebe Leserin, lieber Leser,

warum braucht es immer erst einen [Antrag](#), den wir hier im Bundestag einbringen, um Druck zu machen, damit die Ampel ihre eigenen Zusagen einhält? Diese Frage stellte sich wirklich in der heute von der CDU/CSU beantragten Debatte zu den Energiehilfen im Deutschen Bundestag.

Bereits Ende 2022 hatte die Ampel Privathaushalten und Betrieben mit Öl, Pellets und Flüssiggas finanzielle Hilfen versprochen. In der letzten Sitzungswoche Ende Januar sperrte sie dann entgegen dieser Zusage die Finanzmittel für die Hilfen im Haushaltsausschuss. Die Ampelfraktionen haben in der letzten Sitzungswoche im Haushaltsausschuss Wortbruch begangen. Wegen unseres öffentlichen Drucks hat der Haushaltsausschuss in dieser Woche nun endlich beschlossen, die Hilfen für Öl und Pellets doch auszuzahlen. Die Beschlüsse sind allerdings halbherzig: Mit zusätzlich nur 25 Millionen Euro wird weniger Geld eingesetzt als versprochen. Die Auszahlungsbedingungen unterscheiden sich außerdem von dem, was mit den Bundesländern besprochen wurde.

Wir fordern, dass die Hilfen nun zügig bei privaten Haushalten und Betrieben ankommen; das Geld muss jetzt fließen!



Bis heute kann allerdings immer noch kein entsprechender Antrag gestellt werden! Auch die angekündigten und mit den Ländern vereinbarten Gelder für die Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Kultureinrichtungen müssen vollständig und wie mit den Ländern vereinbart zur Verfügung gestellt werden.

Die Auswirkungen der Verzögerungen machen sich bereits konkret bemerkbar, wenn zum Beispiel Therapieschwimmbäder nicht mehr geheizt werden können. Es ist falsch, die Verantwortung für die Umsetzung jetzt an die Bundesländer abzuschieben. Zudem muss die Ampel klarstellen, dass neben Öl und Pellets auch Betriebe mit Flüssiggas die Entlastungen erhalten. **Der Bund ist in der Verantwortung und muss jetzt endlich handeln.**

49-Euro-Ticket – zu viele Fragen sind noch offen!

Gestern Morgen debattierte der Bundestag in 1. Lesung die [Einführung des 49-Euro-Tickets](#) (Neunte Änderung des Regionalisierungsgesetzes). Mit dem Entwurf stellt der Bund den Ländern die Finanzmittel zur Einführung des 49-Euro-Tickets bereits und regelt, dass beantragte Tarife zum Ticket bis Ende 2023 als genehmigt gelten.

Das Ticket soll ab dem 1. Mai 2023 als bundesweit gültiges, digitales Ticket für den ÖPNV zum Einführungspreis von 49 Euro pro Monat eingeführt werden. Baden-Württemberg erhält für das Ticket in den Jahren 2023 bis 2025 176,2 Millionen Euro von den insgesamt 1,5 Milliarden Euro Regionalisierungsmitteln.

Wir kritisieren, dass ein bundesweites Ticket über Verbundgrenzen hinweg zwar für die Fahrgäste begrüßenswert sei, aber immer noch viel zu viele Fragen offen seien: Was ist mit den Verbänden ohne digitale Möglichkeiten? Wie werden die Einnahmen unter den Unternehmen verteilt? Wie wird gesichert, dass die privaten Busunternehmen das ihnen zustehende Geld erhalten? Was passiert mit den Studenten-Tickets?"

Außerdem verwiesen unsere Redner darauf, dass die eigenwirtschaftlichen Verkehre vergessen werden, weil der Bund es ablehnt, die Tarifgenehmigung formell auszusprechen. So werden die Unternehmen im Stich gelassen - gerade in der ÖPNV-Branche, wo die Liquidität so wichtig sei. Fragwürdig sei auch, warum zwar Regionalzüge der Bahn mit dem Ticket genutzt werden können, Fernbusse, die die gleichen Strecken fahren, aber nicht. Das ist eine deutliche Benachteiligung der Busse und der Menschen auf dem Land. Die Ampel-Regierung muss die offenen Fragen jetzt schnellstmöglich klären, sonst wird das 49-Euro-Ticket grandios scheitern – und für viele Unternehmen das Aus bedeuten!

Über eine halbe Milliarde Euro an KfW-Mitteln für meinen Wahlkreis!

2022 war ein Jahr der großen Herausforderungen. Zahlreiche Krisen, zum Teil gleichzeitig, haben Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vieles abgefordert. Trotzdem ist der Aufbruch zu einer strukturellen Transformation Deutschlands zu erkennen. Die Förderbank des Bundes, die KfW hat mit ihren Mitteln kraftvoll dazu beigetragen, diese Herausforderungen zu bewältigen.

Auch der Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Gmünd hat intensiv von den Förderprogrammen profitiert. Insgesamt **über 660 Millionen Euro nur in meinem Wahlkreis** klingen rekordverdächtig! Im Ostalbkreis wurden 330,2 Mio. Euro ausgereicht, im Rems-Murr-Kreis sogar 333,4 Mio. Euro.



Dabei verteilen sich die Mittel zum einen auf die Mittelstandsbank, die Gründungen unterstützt sowie Energieeffizienz in Betrieben unterstützt. Einen etwa gleichgroßen Schwerpunkt bilden die privaten Kunden. Wohneigentumsprogramme, das Baukindergeld, insbesondere aber die energetische Sanierung – Stichwort: Effizienzhaus – stehen hier im Mittelpunkt.

Als drittes Standbein wird auch die soziale und kommunale Infrastruktur beim Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energien unterstützt.

Man kann mit Fug und Recht sagen, dass der klimafreundliche Umbau unserer Gesellschaft ohne die KfW kaum oder zumindest viel langsamer geschehen würde. Wenn es die KfW nicht gäbe, müsste man sie erfinden.

Wichtig ist jedoch, dass die Politik in Zukunft darauf verzichtet, mit plötzlichem Förderstopp oder kurzfristigen Änderungen von Förderkulissen das wichtigste Kapital zerstört, dass bei diesem Umbau notwendig ist: das Vertrauen aller Akteure.

Krise auf dem Wohnungsmarkt – **jetzt entschlossen gegensteuern**

Mit Amtsantritt hatte die Ampel-Regierung das selbstgesteckte Ziel ausgegeben, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – bauen zu wollen. Aber mittlerweile hat Bauministerin Geywitz einräumen müssen: Dieses Ziel wird für die Jahre 2022 und 2023 klar verfehlt. Zu erwarten ist, dass es auch im Jahr 2024 so weitergeht. Bereits jetzt besteht in vielen Regionen ein erheblicher Mangel an Wohnraum.

Das wirtschaftliche Umfeld bleibt auch auf absehbare Zeit sehr herausfordernd: Zinsen und Materialkosten steigen weiter und auf dem Bau herrscht ein immenser Fachkräftemangel. Hinzu kommen von der Ampel hausgemachte Probleme, wie etwa das Chaos bei der KfW-Förderung, überhöhte Standards für die Energieeffizienz oder die Abschaffung bewährter Programme wie das Baukindergeld. Bauherren werden dadurch verunsichert.

Bezahlbares Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit – in der Stadt und inzwischen auch im ländlichen Raum. Bauen und Investieren braucht aber vor allem eines: Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Für uns gilt: Nur mit mehr Wohnungsneubau nehmen wir Druck von den Mieten und schaffen Wohnraum für Familien. Dabei müssen wir alle Wohnformen in den Blick nehmen: Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser.

Wir wollen keine ideologischen Einschränkungen beim Wohnungsbau. Nur wenn wir alle Kräfte bei Bauherren und Unternehmen freisetzen und alle Wohnformen berücksichtigen, können wir den Wohnungsneubau in Schwung bringen. Wir brauchen deshalb eine Offensive für den Wohnungsbau ohne ideologische Einschränkungen.

Bild der Woche



In Kriegen erfahren Minderjährige oft bereits in jungen Jahren Unvorstellbares – sie werden als Soldaten eingesetzt oder werden Opfer von Gewalt.

Der Deutsche Bundestag setzt mit dieser Aktion ein Zeichen gegen diese schrecklichen Formen der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche.

Zitat der Woche

«Das habe ich so nicht gewollt!»

(Diese späte Einsicht hat Konrad Adam, Mitgründer der AfD, zum zehnjährigen Geburtstag der Partei.)